

Tom Adler im Interview mit Ursula Kienzle, Vonovia-Mieterin

„Wir werden uns bundesweit zusammenschließen“



Foto: Roland Hägele

Stuttgart 21
S 21 auf den Fildern: Betonorgien, Klagen und Eidechsen → Seite 14
Überflutungsrisiko für und durch S 21 → Seite 16

In der Friedhofstraße will der Immobilienhai Vonovia modernisieren – und bis zu 45 Prozent höhere Mieten kassieren.

Ursula Kienzle wohnt seit 17 Jahren in ihrer Wohnung in der Friedhofstraße 11 im Stuttgarter Norden. Im Interview erzählt die rüstige Rentnerin, wie und warum sich gegen Schikanen der Immobilienhais Vonovia zur Wehr setzt. Gleich zu Beginn fordert die Aktivistin: „Da gehört eine ganz andere Wohnungspolitik gemacht“. Vom Mieterverein und dem Oberbürgermeister fühlt sie sich im Stich gelassen.

Seit der Immobilienkonzern Vonovia die früheren Eisenbahnerwohnungen gekauft hat, wie hat sich das Verhältnis zu diesem Vermieter entwickelt?

Ursula Kienzle: Bis vor zwei Jahren war es noch ruhig. Als Vonovia dann eingestiegen ist, ist es aggressiv geworden. Wenn ein Mieter ausgezogen ist, wurden die Mieten massiv erhöht. Eine Wohnung wurde nicht mehr mit 52,8 Quadratmeter angegeben, sondern hatte plötzlich 55 Quadratmeter. Die kostet jetzt über 11 Euro pro Quadratmeter, ich bezahle noch 7,90 Euro. Im März dieses Jahres haben wir dann ein 40-seitiges Schreiben bekommen, mit der Ankündigung, dass

modernisiert werden soll. Das Baurechtsamt hatte mir daraufhin gesagt, dass die Fenster erst nach 30 Jahren „alt“ und erneuerungsbedürftig sind – meine sind aber erst 17 Jahre alt. Als ich damals eingezogen bin, wurde die Wohnung komplett hergerichtet. Mit jeder dieser sogenannten Modernisierungen wird die Miete in die Höhe getrieben.

Damals war die Wohnung noch im Besitz der Eisenbahn. Wie viele Eigentümerwechsel gab es seit dem Jahr 2001?

Ursula Kienzle: Kurz nachdem ich eingezogen bin, wurden die Wohnungen an die Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg (LEG) verkauft, dann an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Dann haben SPD und Grüne die Wohnungen privatisiert und an die Patrizia verkauft. Dann kam die Südewo, vor zwei Jahren dann Vonovia. Vonovia ist die größte Heuschrecke überhaupt, die fragen nicht lang, die versuchen einfach durchzuziehen.

Wie haben die Mieter_innen darauf reagiert?

Ursula Kienzle: Ich habe sie angesprochen. Im Haus wohnen 80 Parteien – von denen engagieren sich jetzt 30 bis 40 – das ist ein guter Anfang. Manche meinen aber immer noch, dass man sich mit dem Vermieter gut stellen muss und haben Angst, dass sie gekündigt werden. Dem Bauleiter hab' ich kürzlich gesagt, dass er nicht glauben soll, dass wir ruhig bleiben. Wir werden die Mieter_innen weiterhin aufklären. Das ist untragbar, was sonst auf uns zukäme.

Haben die Mieter_innen sich auch im Mieterverein organisiert?

Ursula Kienzle: Viele unserer Mitstreiter_innen sind Mitglied geworden. Ich persönlich bin aber nicht zufrieden damit, dass sich der Vorsitzende Rolf Gassmann mit der Vonovia trifft, ohne unsre Mieterinitiative dazu einzuladen. Und danach hat er nur die Presse, aber nicht uns informiert. Das sei nicht erforder-

lich, hieß es. Im Gegenteil: Wenn die Mieter einbezogen werden, schafft das Vertrauen. In anderen Städten funktioniert der Mieterverein anders als hier in Stuttgart, wo der Vorsitzende schon seit 33 Jahren im Amt ist.

Nachdem der Protest der Vonovia-Mieter_innen öffentlich wurde, hat das Unternehmen versucht, etwas Druck aus dem Kessel zu nehmen ...

Ursula Kienzle: Als der Gemeinderat sich mit eurem Antrag für eine Milieuschutzsatzung beschäftigt hat, hat Vonovia reagiert und teilweise Rückzieher gemacht. Jetzt verzichten sie auf Rollläden an den Fenstern, die neue Wohnungstüre kann man jetzt bestellen oder auch nicht. Und sie haben angekündigt, dass die Modernisierungsumlage nicht elf sondern nur acht Prozent betragen soll. Die Bundesregierung plant aber derzeit ohnehin, die Umlage auf acht Prozent zu begrenzen – das sind doch keine Zugeständnisse an die Mieter! Für mich ist das eine Beleidigung, ich lasse mich nicht für dumm verkaufen. Bei der Vonovia macht man sich so ganz schön unbeliebt – mir geht's aber nicht darum, ‚lieb Kind‘ zu sein, sondern mir geht's um's Recht!

Haben Sie auch Versammlungen in anderen Vonovia-Siedlungen gemacht?

Ursula Kienzle: Ja, ich war in Bad Cannstatt – die dortigen Mieter_innen haben noch keine Ankündigung für Modernisierungsmaßnahmen bekommen. Aber ich habe Sie informiert, was da auf sie zukommt, damit sie sich vorbereiten können.

Vonovia wird es in Stuttgart offenbar nicht so leicht haben, wie sie sich das vielleicht



Foto: Roland Hägele

Unermüdlich, unbequem und konsequent: Ursula Kienzle hat keine Scheu, sich mit Immobilienriesen wie Vonovia anzulegen.

vorgestellt hat. Nachdem Sie den Stein ins Wasser geworfen haben ...

Ursula Kienzle: Ich habe dem Bauleiter gesagt, dass wir uns im gesamten Bundesgebiet zusammenschließen werden und dagegen kämpfen. Wir sind nicht die einzigen Betroffenen in Stuttgart. Ich verstehe nicht, warum die Regierung nichts macht, die sind so behäbig. Bis Sozialwohnungen gebaut werden, da gehen mindestens fünf Jahre ins Land. So lange kann ein Mieter nicht warten.

Von den Mieterinitiativen kommen Forderungen, dass man Vonovia enteignen und in öffentlichen Besitz überführen soll.

Ursula Kienzle: Dafür bin ich auch. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Der Staat hat die Ver-

pflichtung dafür zu sorgen, dass jeder Bürger ein Dach über dem Kopf hat und menschenwürdig wohnen kann. Stuttgart hat die Verpflichtung, seine Bürger vor solchen Immobilienhaien zu schützen. Das wäre Aufgabe vom Oberbürgermeister Fritz Kuhn. Aber der sitzt ja lieber mit den Immobilienunternehmen zusammen.

Welche Maßnahmen müssten jetzt ergriffen werden, damit betroffene Mieter_innen geschützt werden?

Ursula Kienzle: Die Modernisierungsumlage gehört eigentlich ganz abgeschafft. Zumindest muss man sie in der Höhe bei 5 Prozent begrenzen. Und auch zeitlich: die Miete muss wieder sinken, wenn die Modernisierungskosten abbezahlt sind!

Welche Ziele haben Sie noch mit ihrer Mieter-Initiative?

Ursula Kienzle: Ich will, dass sich alle Vonovia-Mieter_innen zusammenschließen und auf die Straße gehen, von Berlin bis zum Bodensee, und richtig Rabat machen unter dem Motto: Vonovia enteignen, die Wohnungen zurück in öffentliche Hand!



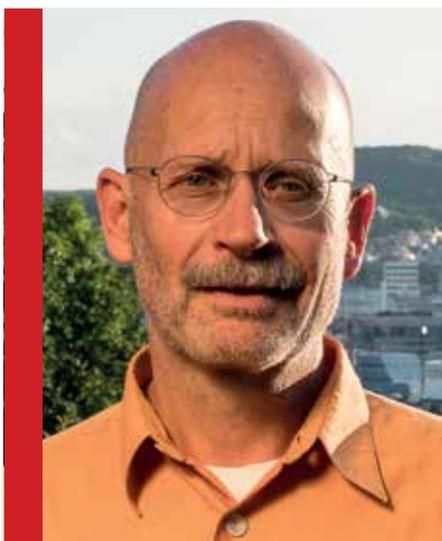
Foto: Roland Hägele

Gemeinsam gegen Immobilienhaie: Die Aktivistin Ursula Kienzle und Tom Adler diskutieren über Möglichkeiten, leistbaren Wohnraum zu erhalten und zu schaffen

Miethai Vonovia: Fakten und Zahlen

- Börsennotiertes Unternehmen
- besitzt 400.000 Wohnungen
- größter Wohnungskonzern Deutschlands
- Gewinnprognose für 2018 erneut aufgestockt: damit läge das Jahresergebnis 15 Prozent über dem Vorjahr

„Die Kriminalisierungsversuche sind völlig verpufft“



Thomas Adler
Stadtrat
DIE LINKE



Foto: Roland Hägele

Im Gespräch – Tom Adler und Adriana Uda diskutieren über leistbaren Wohnraum, Hausbesetzungen und den Versuch alle zu kriminalisieren, die sich solidarisch mit den Besetzer_innen gezeigt haben.

Unbezahlbare Mieten sind das größte soziale Problem in der Stadt. Bodenspekulation verdrängt Mieter_innen mit kleinem Einkommen aus ihren Wohnvierteln – mittlerweile wehren sich immer mehr Mieter_innen gegen die Gentrifizierung. Die Aktivistin Adriana Uda erzählt im Interview, was sie bewogen hat, eine leerstehende Wohnung in der Wilhelm-Raabe-Straße 4 zu besetzen.

Städtische Politik muss Spekulation behindern und perspektivisch unterbinden. Es dürfen keine städtischen Grundstücke mehr verkauft werden. Mit einer offensiven Bodenvorratspolitik und einem eigenen kommunalen Mietwohnungsbau könnten günstige Mieten erreicht werden. Adriana, wie bewertest Du diesen Ansatz?

Adriana Uda: Für mich hört sich das schlüssig an. Ich würde mir wünschen, dass bezahlbare Wohnungen von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Es fehlt vorne und hinten an leistbarem Wohnraum. In meiner Straße sehe ich, wie Privatinvestoren krasse Neubauten mit sehr teuren Wohnungen bauen. Aber die sind für uns und viele andere unbezahlbar. Außerdem sollte die Stadt den ganzen Leerstand beleben, da wäre schon mal etwas geholfen.

Stellt sich die Frage: Wie kann man die Situation ändern und verbessern? Dein Partner und Du, ihr habt eine ganz private Konsequenz gezogen und mit eurem Kind zusammen eine leerstehende Wohnung besetzt ...

Adriana Uda: Es steht jedem Menschen das Recht auf Wohnen zu. Von allein wird sich nicht viel ändern. Es liegt im Interesse der Investoren, dass alles so weitergeht wie bisher. Ich denke, auf die Wohnungsnot aufmerksam zu machen, ist nicht nur Sache des Gemeinderats, sondern die Leute müssen selbst aktiv werden. Unsere Aktion hat viele Leute angesprochen. Damit haben wir dazu beigetragen, dass das Problem öffentlich wurde.

Das Motiv von Euch, dass ihr in die Wilhelm-Raabe-Straße 4 eingezogen seid, war aber, neben dem politischen Anspruch ein Signal zu setzen, auch Eure persönliche Situation. Wie sieht die aus?

Adriana Uda: Ja, wir lebten in einer 1,5 Zimmer-Wohnung auf 43 Quadratmetern zu dritt. Unser Kind läuft inzwischen, es gibt viel zu wenig Platz. Auch Privatsphäre oder die Möglichkeit sich mal zurückziehen, gibt es nicht. Wir suchen nun schon seit zwei Jahren eine Wohnung. Unsere Suche beschränkt sich nicht nur auf Stuttgart. Hinzu kommt, dass der Arbeitslosengeld II-Bezug mit den vorgegebenen Mietobergrenzen ein zusätzliches großes Problem darstellt.

Welche Erfahrungen hast Du persönlich während der 4 Wochen Hausbesetzung gemacht?

Adriana Uda: Meine Erfahrungen sind durchweg positiv. Wir haben sehr viel Solidarität erlebt. Eigentlich stellt man sich eine Hausbesetzung anders vor, aber es lief alles so friedvoll und harmonisch ab. Sogar ein

Immobilienmakler kam und sagte, er habe schon immer darauf gewartet, dass endlich mal jemand eine Wohnung besetzt, weil die Situation auf dem Wohnungsmarkt schon so lange übel sei.

Wie haben die Medien auf die Besetzung reagiert?

Adriana Uda: Zuerst reagierten sie unerwartet positiv. Erst später wurde – und auch nur von einem Journalisten – die Kriminalisierungskeule herausgeholt, die reichte dann von den Vorwürfen des Linksextremismus bis zu so absurden Vorwürfen, wir seien antisemitisch. Insgesamt waren die Erlebnisse und die Unterstützung aus der Nachbarschaft und der ganzen Stadt sehr positiv und haben uns beflügelt.

Welche Signale von der Bevölkerung, der Nachbarschaft kamen nach den Kriminalisierungsversuchen bei Euch an?

Adriana Uda: Die Kriminalisierungsversuche sind völlig verpufft. Die Leute hatten selbst wahrgenommen, dass es der Versuch war, unsere Aktion schlecht zu reden. Viele haben uns ja kennengelernt, sie waren bei den Nachbarschaftsfesten selbst dabei. Ich denke, dass die Rede von den „bösen Linken“ nicht auf fruchtbaren Boden fällt.

Ein Kommentar in der Zeitung ordnete die Besetzung auch als „Weckruf an das Rathaus“ ein. Die Besetzung scheint also eine Erfolgsgeschichte zu sein, denn sie hat faktisch dazu geführt, dass später alle Fraktionen im Gemeinderat versucht haben,

sich mit Lösungsvorschlägen gegenseitig zu überbieten. Letztlich seid ihr aber doch geräumt worden. Seid ihr jetzt wieder in der gleichen misslichen Lage wie zuvor?

Adriana Uda: Es ist im Großen und Ganzen wie vorher. Ganz besonders ärgert mich, dass die Wohnung in der Wilhelm-Raabe-Straße 4 jetzt einfach wieder leer steht. Ich kann das nicht nachvollziehen. Sogar unser Kind hat mit seinen anderthalb Jahren eine eigene Räumungsklage erhalten!

Ist nach der Besetzung vor der Besetzung?

Adriana Uda: Eine Besetzung ist vor allem als politische Aktion zielführend, nicht jedoch zur Beseitigung der individuellen Problemlage. Sie bewirkt politisch viel, macht auf das Problem aufmerksam, gerade weil Betroffene selbst handeln. Es ist wichtig, dass es weitergeht, um die Diskussion am Laufen zu halten. Damit endlich wirksame Konzepte umgesetzt werden, die die Spekulation beenden, die Mietenexplosion ausbremsen, Leerstand beleben und das Menschenrecht auf leistbares Wohnen gewährleisten!



Engagiert und kämpferisch: Adriana Uda streitet weiter für leistbaren Wohnraum.

Kriminalisierungsversuche nach der Räumung

Nach der Räumung der Wilhelm-Raabe-Straße 4:

Versuche, alle zu kriminalisieren, die sich solidarisch mit der Besetzung zeigten.

- Innenminister Thomas Strobl (CDU) lässt sich in den Stuttgarter Nachrichten am 8. Juni wie folgt zitieren: „Wer Wohnungen besetzt, ist nichts anderes als ein Dieb der sich an fremdem Eigentum vergreift“.
- Ende Juni kündigt die Hauseigentümerin allen Mietern rechtswidrig fristlos – wegen angeblicher Verstöße gegen die Hausordnung, angeblicher Beihilfe zum Hausfriedensbruch.
- Anfang Juli erstatten die ex-AfD-Stadträte Anzeige gegen die Stadträte Hannes Rockenbauch, Thomas Adler und Luigi Pantisano.
- Im August leitet der Staatsschutz Ermittlungen ein gegen Hannes Rockenbauch, Thomas Adler und Luigi Pantisano auf Anzeige der Eigentümerin wegen angeblichem „Hausfriedensbruch“. Sie hatten in der Wilhelm-Raabe-Straße 4 ein Interview mit einer Besetzerin aufgenommen, wie Dutzende anderer Medienvertreter_innen auch.
- Mitte August: Die Besetzer_innen werden aufgefordert, 10.000 Euro zu bezahlen für die Kosten der Zwangsräumung.
- Die Stuttgarter Nachrichten zitieren aus angeblich „internen Einschätzungen des Verfassungsschutzes“, nachdem sich unter den Mietern auch „führende Köpfe der linksextremen Szene“ befänden. Interessanterweise wird diese Strategie der Kriminalisierung nur vom immer selben Autor der Stuttgarter Nachrichten betrieben.
- Die Einordnung seiner zwanghaften Versuche, all jene zu kriminalisieren, die sich solidarisch mit den Besetzer_innen gezeigt haben, überlassen wir in diesem Fall der KONTEXT: Wochenzeitung: „Die Stuttgarter Nachrichten haben ihren Beitrag „exklusiv“ genannt, weil sonst niemand auf die Idee gekommen ist, das Hausbesetzen als Vorbote linker Unterwanderung zu deuten. Das ist, mit Verlaub, ziemlich bescheuert, schaut man sich a) die Politik in Stadt und Land an, b) den Wohnungsmarkt, c) die Wohnungssuchenden, und d) die schwindende Anzahl von AbonnentInnen. Deshalb ein guter Rat: Wie wär’s, ihr Erfinder der „linksextremistischen“ Hausbesetzer, mit Journalismus – statt Pressesprecher des Verfassungsschutzes beziehungsweise des Immobilienklubs „Haus & Grund“ zu spielen?“
- Mitte August veröffentlichen die Stuttgarter Nachrichten auf der Titelseite(!) einen zweiten Artikel desselben Autors, der darauf abzielt, einen jungen KITA-Erzieher zu entlassen – wieder mit der Standard-Unterstellung: Linksextremismus! Fast enttäuscht muss der Autor feststellen: „Einen öffentlichen Aufschrei dürfte es [...] wohl auch nicht geben, denn Linksextremisten werden relativ nachsichtig behandelt, kämpfen sie doch nach eigener Darstellung für eine bessere Welt.“ Bemerkenswerte Zustimmung zu seinen Tiraden bekommt der Autor dagegen in rechtsextremistischen Internetportalen.

Warum Gülsum keine Wohnung findet

Luigi Pantisano



Luigi Pantisano

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Die Wohnungskrise ist – anders als oftmals behauptet – nicht durch Zuwanderung verschärft worden, sondern Migrant_innen sind stark Leidtragende der jahrelang verfehlten Wohnungspolitik. Selbst wenn sich die Ingenieurin Gülsum M. mit ihrem Einkommen eine Wohnung in den besseren Wohnungslagen der Stadt leisten kann, bekommt sie keine dieser Wohnungen. Der Grund dahinter kann ihr Name, ihre Hautfarbe, eine bestimmte Herkunft oder das Stigma ihres ersten Wohnviertels sein. Migrant_innen, die

sich eine Wohnung kaufen möchten, stehen vor demselben Problem. Direkt nach der Einwanderung in ein fremdes Land, ist die Nähe und Unterstützung von Menschen der eigenen Herkunft zunächst hilfreich. Daher ziehen Migrant_innen häufiger in bestimmte Viertel von Großstädten. Diese erste Wohnung kann allerdings zur Sackgasse werden. Zahlen belegen, dass weit über 60 Prozent der Migrant_innen in Deutschland länger als 25 Jahre in ein und derselben Wohnung leben, nicht aus Eigeninteresse, sondern weil sie schlicht keine andere Wohnung bekommen. Gelingt dennoch ein Umzug, müssen sie in der Regel mehr bezahlen, als ihre herkunftsdeutschen Nachbarn in einer vergleichbaren Wohnung. Migrant_innen leben zudem meist in kleineren Wohnungen, mit schlechterer Ausstattung – ohne Garten, Balkon oder Terrasse. Bei älteren Wohnungsbeständen kann mit der Sanierung der Wohnungen großer Profit gemacht werden, so sind Migrant_innen überproportional von Vertreibung aufgrund von Abriss / Neubau oder teuren Luxus-sanierungen betroffen. Eine Studie vom „Deutschen Institut für Urbanistik“ (DifU) zu Gentrifizierung hat festgestellt, dass am Stöckach in Stuttgart die Vertreibung bestehender Milieus in vollem Gange ist. Hier haben über 45 Prozent der Menschen Migrationshintergrund. Eine Zahl die deutlich aufzeigt, wer von dieser Vertreibung hauptsächlich betroffen ist oder sein wird.

Besagte DifU-Studie empfahl der Stadt Stuttgart eindringlich, einen „Sozialen Stadtentwicklungsplan“ für Stuttgart zu erstellen, um besondere Zielgruppen wie Migrant_innen vor weiterer Vertreibung zu schützen. Ein solcher Stadtentwicklungsplan zum Schutze von benachteiligten Gruppen wurde von Grün-Schwarz im Gemeinderat leider abgelehnt. Wir fordern die Ausweitung von Milieuschutzsatzungen wie wir sie auch schon für die Vonovia-Wohnungen in Stuttgart-Nord gefordert haben. Hinzu kommt, dass seit 2015 rund 8.000 Geflüchtete meist in Systemunterkünften in Stuttgart leben, die fünf bis maximal zehn Jahre stehen bleiben können. Schon jetzt suchen Geflüchtete eine eigene Wohnung. Es ist bekannt, wie schwer auf dem freien Markt Wohnungen zu finden sind. Die Stadt muss eine Strategie entwickeln, damit Geflüchtete in ein paar Jahren nicht auf der Straße stehen. Wir müssten erheblich mehr kommunale und genossenschaftliche Wohnungen bauen. Migrant_innen wie die Ingenieurin Gülsum oder Basar der als Flüchtling nach Deutschland kam, sind ein Potenzial in unserer Stadt. Es ist unsere Aufgabe, sie auf allen Ebenen zu unterstützen, damit sie in Stuttgart bleiben und hier gut leben können.



Foto: Roland Hägele

Migrant_innen und Geflüchtete haben auf dem Wohnungsmarkt mit vielen Hindernissen zu kämpfen: Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus gehören dazu.

Überwachung, Klimakiller, Elektrosmog- verseuchung

von Peter Hensinger, SÖS, Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart

Bei der Telekom knallen die Sektkorken. Sie bekam von der Region Stuttgart das Monopol auf die Breitband- und 5-G-Netze, und gleich 500 Millionen Euro Subventionen dazu. Der Deal wurde hinter dem Rücken aller Fraktionen verhandelt und mit dem Argument „alternativlos“ in einer Woche durchgepeitscht.

Die Transformation der Städte zu SmartCities ist das derzeit größte und teuerste Großprojekt der Bundesregierung. Vordergründig heißt es, die Bürger bekämen schnelles Internet. Doch das ist der Köder für andere Ziele.

SmartCity bedeutet den Umbau der Städte von Orten der kommunalen Demokratie zu Orten der zentralisierten Überwachung und Kontrolle.

Seit Jahren fordern unsere Bürgerinitiative Mobilfunk, und auch die GRÜNEN und SÖS LINKE Plus im Gemeinderat, dass die Stadt Stuttgart das profitable Kommunikationsnetz in einem Eigenwirtschaftsbetrieb aufbaut und betreibt, weil die Internetversorgung zur Daseinsvorsorge gehört und der Datenfluss eine sensible Hauptschlagader der Gesellschaft ist. Das hatte die Stadt Stuttgart geplant, auch als dauerhafte Einnahmequelle. Denn nur dann können Kontrolle über Preise, Gleichbehandlung der Anbieter, Energieeffizienz, Gesundheitsschutz bei den Funkfrequenzen und der Datenschutz gesichert werden. Mit dem Monopol aber könnte die Telekom die Preise diktieren, auch für die Wettbewerber, die sich in ihr Netz einmieten wollen.

Smart City – auch ein Klimakiller!

Es ist eine Kampfansage an jeden Demokraten, wenn OB Kuhn ankündigt, dass mit dieser Infrastruktur die SmartCity verwirklicht werden kann. Noch 1984 warnte Kuhn selbst: „Politischer Widerstand wird dann kaum noch möglich sein. Die GRÜNEN wenden sich daher grundsätzlich [...] gegen den Einsatz von Informationstechnologien dieses Überwachungspotentials.“ (KUHNS F. / SCHMITT W. (1984): Einsam überwacht und arbeitslos. Technokraten verdaten unser Leben, Stuttgart, S. 193) Die Realität sieht aber so aus: Die Telekom bekommt den Freischein für den unregulierten Aufbau von 250 neuen Mobilfunkmasten für die 5G Technologie, und das, obwohl die Stadt Stuttgart sich der Studienlage über die Gesundheitsschädlichkeit der

Strahlung bewusst ist. Und sie weiß, dass das Internet der Dinge ein Klimakiller ist. Die gigantisch wachsenden Datenvolumina und tausende neue Sendeanlagen werden den Energieverbrauch der Stadt vervielfachen. Angesichts der Klimakatastrophe ist eine solche Planung verantwortungslos. Die vielen Gespräche der Fraktion SÖS LINKE Plus, den GRÜNEN und unserer Bürgerinitiative mit der Stadtverwaltung für eine Breitbandversorgung nach dem Prinzip „Mehr Daten mit weniger Strahlung“, Energieeffizienz und Datenschutz wurden offensichtlich nur zum Schein geführt, im Hintergrund wurde mit der Telekom bereits der Deal verhandelt. OB Kuhn und die Region agieren wie Angestellte der Telekom. Kuhns Vorgänger Wolfgang Schuster wurde für seine Mobilfunkpolitik mit dem hochdotierten Posten des Cheflobbyisten der Telekomstiftung belohnt. Das war vorausschauende Personalpolitik.

Die Umwandlung der Stadt zur überwachten Zone

Die SmartCity hebt die Privatsphäre auf, denn jeder Smartphone-Vorgang, GoogleKlick und jedes Signal von Smart Home-Geräten wird in Echtzeit gespeichert, um Personenprofile zu erstellen. Die SmartCity Pläne bekamen 2018 den Oscar für Bespitzelung, den Big Brother Award. Gegen diese Ziele und die Folgen dieser Planungen sollten alle Bürger und Initiativen, die demokratische Rechte verteidigen, die gegen die Überwachung sozialer Bewegungen sind, die im Umweltschutz tätig sind, die gegen die Elektrosmog-Verseuchung kämpfen, sich zusammenschließen, um Demokratie, Privatsphäre und Gesundheit zu verteidigen.

Der Gemeinderat muss den Telekom-Deal rückgängig machen!

Wir von der Bürgerinitiative Mobilfunk fordern, dass dort eine breite Debatte über diese Kernfragen der Daseinsvorsorge geführt und sich mit folgenden Vorschlägen auseinandergesetzt wird:

- Die Kommune betreibt das Breitbandnetz als Eigenwirtschaftsbetrieb.
- Die Kommune lässt ein Gutachten zum Energieverbrauch der vernetzten Stadt erstellen und Modelle für energieeffiziente Netze entwickeln.
- Die Kommune stellt Datenschutzkriterien und Möglichkeiten der Umsetzung auf.

- Die Kommune verwirklicht die Trennung der Indoor- und Outdoorversorgung durch Kleinzellennetze zum Schutz der Wohnungen vor Elektrosmog. Dafür werden neue Techniken der Strahlenminimierung erprobt mit dem Ziel „Mehr Daten mit weniger Strahlung“, wie es der Stuttgarter Gemeinderat bereits beschlossen hat (was aber von der Verwaltung bisher blockiert wird).

Demokratie, Privatsphäre und Gesundheit verteidigen – Nein zur digitalen SmartCity!

Ausführliche Analysen von Peter Hensinger zur Digitalisierung und Smart City:

- Kontext-Wochenzeitung, 30.05.2018: Gläsern ist smart, <https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/374/glaesern-ist-smart-5122.html>
- Kontext-Wochenzeitung, 06.06.2018: Datenkrake in der Hosentasche, <https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/375/datenkrake-in-der-hosentasche-5138.html>
- „Digitale Bildung“ in der SmartCity – Konditionierung für die Post-Voting Society – Vortrag im Forum Digitalisierung bei Umsonst & Draußen, 4.8.2018 <http://mobilfunkstuttgart.de/forum-digitalisierung-bei-umsonstdraussen-digitale-bildung-in-der-smartcity-konditionierung-fuer-die-post-voting-society/>

„Post-voting society. Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen“ (aus der Broschüre „Smart City Charta“ der Bundesregierung).



Für den Breitbandausbau müssen vielerorts neue Leitungen verlegt werden – diesen Job sollte die Stadt machen und nicht die Telekom.

Hannes Rockenbauch im Interview mit Roland Kugler

Lobbyismus: Je höher man in der politischen Hierarchie ist, desto größer der Einfluss



Hannes Rockenbauch
Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Von 1984 bis 1989 warst du selbst Stadtrat für die Grünen, dann von 1994 bis 2004 erneut. Hast du es erlebt, dass die Konzerne versucht haben Einfluss auf die Politik zu nehmen?

Roland Kugler: Es gab Versuche der Einflussnahme, das ist auch nicht spurlos an mir vorüber gegangen. Wir haben das auch in Fraktionssitzungen erlebt – wenn wir eine Maßnahme gefordert haben, die für einen großen Teil der Stuttgarter Wirtschaft, etwa die Handwerker, schwer akzeptabel war, dann hat man Anrufe bekommen, dann ist man

angesprochen worden. Je größer eine Fraktion ist, desto mehr wird da natürlich versucht, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Man weiß als Politiker, wenn ich etwas tue, was einem mächtigen Teil der Wirtschaft in Baden-Württemberg schadet (die Autoindustrie ist natürlich der wichtigste Wirtschaftszweig im Lande), dann laufe ich Gefahr, eine schlechte Presse zu bekommen. Das ist für einen Politiker nicht gut, wenn er schlechte Presse bekommt, weil er denkt ja auch irgendwann an seine Wiederwahl. Dann kann das auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, man weiß es nicht.

Läuft das eher indirekt?

Roland Kugler: Ich selbst habe keinen Anruf von einer Konzernzentrale bekommen, auch als Anwalt nicht. Da gab es keine Anweisungen. Aber man bekommt es so mittelbar mit. Das verändert einen schon ein bisschen, es hemmt einen zumindest manchmal. Bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat man das gesehen, als er frisch gewählt worden ist. Da hat er in einer Nebenbemerkung gesagt, seiner Meinung nach bräuchte es weniger Autos. Das hat er nur einmal als Ministerpräsident gesagt und dann nie mehr.

Müssen die Grünen jetzt wieder kleiner werden, damit wieder mehr grüne Inhalte umgesetzt werden oder darf SÖS LINKE Plus nie groß werden?

Roland Kugler: Vor der Gemeinderatswahl halte ich mich mit Wahlempfehlungen lieber zurück (lacht)

Je größer man wird, je höher man in der politischen Hierarchie aufsteigt, desto mehr ist man das Ziel von Einflussnahme von außen?

Roland Kugler: Je mehr Einfluss man hat, politische Inhalte umzusetzen, desto mehr Versuche der Einflussnahme kommen – auch aus der Wählerschaft. Bei den Wähler_innen der Grünen ist natürlich nicht jeder ein Ur-Grüner. Manche wählen die Grünen aus einem oder zwei Gründen, sind aber vielleicht auch Autofahrer, arbeiten bei Daimler. Das muss man dann schon mit bedenken. In einer Koalition auf Landesebene wird das nochmal schwieriger. Eine Partei muss trotzdem klar formulieren, was ihre Ziele sind. Im Gemeinderat ist das sicher einfacher, da gibt es keine Regierung.



Foto: Roland Hägele

Streitet seit Jahren vor Gericht für saubere Luft in Stuttgart: Roland Kugler



Foto: Roland Hägele

Diskussion um den Standort der Messstelle am Neckartor: Damit will das Land vom eigentlichen Problem der Luftverschmutzung nur ablenken.



Foto: Roland Hägele

Stau ohne Ende: Am Neckartor wird der Verkehr nicht weniger – das Land weigert sich, seiner Verpflichtung nachzukommen, für 20 Prozent weniger Verkehr zu sorgen.

Hannes Rockenbach im Interview mit Roland Kugler und Manfred Niess

„Der erste Luftreinhalteplan bestand aus politischem Schmuckwerk“



Foto: Roland Hägele

Anwalt, Stadtrat und Aktivist: alle drei streiten seit Jahren für den Gesundheitsschutz – jeder auf seine Weise

Sie sind die Vorreiter, wenn es um Luftreinigung geht: Manfred Niess und Roland Kugler streiten seit 2004 vor Gericht für saubere Luft in Stuttgart. Im Interview mit Hannes Rockenbach erzählen sie, wie sie Rechtsgeschichte geschrieben haben und was sie antreibt, auch nach 14 Jahren für die Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide zu kämpfen.

Ohne bürgerschaftliches Engagement wäre beim Thema Luftreinigung wohl kaum etwas passiert. Was treibt euch an, beim Kampf um saubere Luft in Stuttgart?

Manfred Niess: Ich kam zu dem Thema über meine Tätigkeit als Lehrer am Zepelin-Gymnasium in der Neckarstraße. Im Dachgeschoss des Gebäudes waren die Ski gelagert – dort haben sich seit 50 Jahren giftige Luftschadstoffe von der Kreuzung am Stöckach angesammelt. Jedes Mal, wenn ich aus dem Dachgeschoss kam, habe ich einen Hustenanfall bekommen. Es war furchtbar. Das war eine Initialzündung, um mich mit dem Thema Luftschadstoffe zu beschäftigen. Im Jahr 2004 habe ich schließlich die erste Klage eingereicht.

Wie hat es bei dir angefangen?

Roland Kugler: Das war glaube ich 1985, damals hatte ich eine Benzol-Klage gestartet am Verwaltungsgericht Stuttgart. Vor Ende des Verfahrens wurde Benzol verboten. Der Widerstand in Stuttgart hatte offensichtlich etwas bewirkt. Im Jahr 2004 haben sich dann die Wege von Manfred Niess und mir gekreuzt. Anfangs ging es nur um

Feinstaub – weil die Grenzwerte seit 2005 gelten. Seit 2010 gelten die Grenzwerte für Stickoxide, die haben wir in die späteren Verfahren integriert.

Das ist aber trotzdem ein krasser Schritt, dass man wegen Luftverschmutzung vor Gericht zieht ...

Roland Kugler: Anwälte klagen gerne. (schmunzelt)

Manfred Niess: Als Bürger klagt man nicht gerne. Aber das Problem ist, dass man Missstände anders offenbar nicht beenden kann.

Die Klage ist die eine Seite – wie wichtig ist es dir, auch konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Verkehrswende gelingen kann?

Manfred Niess: Seit dem Jahr 2007 bin ich Koordinator beim Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS). Mit diesem Bündnis versuchen wir, das abstrakte Thema Klima auf die lokale Ebene herunterzubrechen. Das bedeutet: Verkehrswende, Energiewende und Klimaschutz. Beim Thema Verkehrswende haben wir schon viele Vorschläge gemacht, die fast alle im Papierkorb der Verwaltung gelandet sind. Das Erstaunliche ist, dass manche Vorschläge, die wir vor zehn Jahren gemacht haben, jetzt langsam umgesetzt werden. Beispiel: Schon im Jahr 2008 haben wir gesagt, dass man alle städtischen Fahrzeuge als Gashybridfahrzeuge beschafft bzw. umrüstet.

Aber schon 2004 hast du angefangen zu klagen ...

Manfred Niess: Das war damals wegen der schlechten Luft. Als Radfahrer war man auf der Neckarstraße nie glücklich. Dass das nicht gesund war, am Neckartor zu fahren, das war mir damals schon klar. Der Fahrradverkehr muss massiv ausgebaut werden. Dieser Tage war ein Bericht in der Stuttgarter Zeitung über die Hauptradroute 1. Da kann man nur mit dem Kopf schütteln. Das kann man doch nicht Hauptradroute nennen! Unter der Bahnunterführung zum Wilhelmplatz in Bad Cannstatt zu fahren ist ein Alptraum. Ich war gerade in Kopenhagen – dort sieht man, was ein funktionierendes Fahrradverkehrssystem ist.

Roland Kugler: Politisch hat mich das Thema Luftreinigung als Mitglied der Grünen schon ewig interessiert. Die Frage war damals wie heute: Was kann man tun, um die Verkehrswende voranzubringen? Das war einer der Punkte, warum ich in den Gemeinderat gegangen bin. Die erste Klage mit Manfred Niess war völliges Neuland. Wir waren bundesweit die ersten, die geklagt haben. Die meisten Verwaltungsgerichte in Deutschland, die mit Klagen auf Einhaltung von EU-Richtlinien befasst waren, hatten solche Klagen abgelehnt. „Mit dem ersten Verfahren haben wir Rechtsgeschichte geschrieben“

Ihr habt da also Rechtsgeschichte geschrieben?

Roland Kugler: Ja. Das später gestartete Verfahren in München hat uns aber überholt, weil der Verwaltungsgerichtshof Mannheim das Verfahren nicht zeitnah entschieden hatte. Der Münchner Fall lag dann am Europäischen Gerichtshof (EuGH) und dort wurde dann das bahnbrechende Urteil gefällt: Ein Bürger der Europäischen Union muss auf die Einhaltung von EU-Richtlinien klagen dürfen. „Der erste Luftreinhalteplan bestand aus politischem Schmuckwerk.“

Was passierte dann in Stuttgart?

Roland Kugler: Das Regierungspräsidium hat den ersten Luftreinhalteplan gemacht. Da standen dann solche Sachen drin wie „Die Messe soll vom Killesberg auf die Fildern umziehen“ oder der Bau des Nord-Ost-Rings und der Filderauffahrt und der weitere Ausbau der Straßenbahn. Also viel politisches

Schmuckwerk, das waren alles keine Maßnahmen.

Manfred Niess: Die Politik hatte das wohl unterschätzt: Das Regierungspräsidium hat gesagt: „lasst die ruhig klagen“, die haben nach deutschem Recht kein Klagerecht. Das war eine Fehleinschätzung.

„Die Klage ist nach wie vor ein Instrument, die Politik zu zwingen, das Recht einzuhalten.“

Heute sind die Gerichte mit den Maßnahmen sehr streng und erklären der Politik, wie man ein Urteil liest und was zu tun ist, damit die Bürger_innen geschützt werden. Deswegen die Frage an Roland Kugler: Wer war wirkungsvoller: der Anwalt Kugler oder der Stadtrat Kugler?

Roland Kugler: In diesem Falle glaube ich, war's eher der Anwalt Kugler. Mit Hilfe der Gerichte konnte man etwas tun, wofür es damals keine politischen Mehrheiten gab. Das ist ja bis heute so. Für mich war es damals als Mitglied der Grünen viel erfreulicher gegen die Landesregierung zu klagen wie heute. Damals ist man mit einem lächelnden Gesicht aus dem Gerichtssaal gelaufen, heute geht man mit ernstem Gesicht ans Gericht. Aber man macht es weiter, weil man nach wie vor sieht, dass es ein Hebel ist, mit dem man die Politik zwingen kann, das Recht

einzuhalten. Der Jurist kann ja nur dafür sorgen, dass das Recht umgesetzt wird, mehr geht nicht. Der Politiker muss ja eigentlich in die Zukunft denken und muss Regelungen für die Zukunft finden. Hier ist es jetzt ein völliger Rollentausch: Die Politiker sitzen da und starren auf das Gericht und warten, was das Gericht ihnen für zukünftige Regelungen vorschreibt. Da windet sich die Politik aus ihrer Verantwortung.

Die CDU als Koalitionspartner will sich nicht an die Gerichtsurteile halten. Das macht einen ja schon ratlos, wenn man als Landesregierung rechtskräftig verurteilt ist. Wie bewertet ihr den Umgang mit den neuesten Urteilen zum Thema Luftreinhaltung?

Roland Kugler: Ich bin da ziemlich erstaunt. Ich muss feststellen, dass der Koalitionspartner, der sich immer darauf beruft, staatstragend zu sein, nicht zur Kenntnis nehmen möchte, dass es in dieser Frage der Einhaltung der Grenzwerte keine politische Entscheidungsfreiheit mehr gibt.

Das Ende der Fahnenstange: Zwangshaft

Was ist, wenn die Hoffnung auf saubere Luft weiter enttäuscht wird? Macht ihr trotzdem weiter?

Roland Kugler: Das juristische Ende eines Prozesses ist die Zwangsvollstreckung. Derjenige, der verloren hat muss das Urteil umsetzen. In unserem Fall wird das Land jetzt mit Zwangsgeldern belegt. Das Land zahlt auch, es ist aber kein Problem. Das Geld kommt aus dem Verkehrsministerium und wird umgebucht ans Justizministerium – das ist ein reiner Buchungsvorgang. Maximal 10.000 Euro können verhängt werden.

Man kann wohl kaum davon ausgehen, dass eine unwillige Behörde wegen 10.000 Euro ihr Handeln ändert ...

Roland Kugler: Es gibt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Grundsatz: Wenn eine Behörde Gerichtsurteile einfach nicht umsetzt, kann man die Zwangsmittel aus dem Zivilrecht heranziehen. Dort gibt es Zwangsgelder bis 250.000 Euro und die Möglichkeit, Zwangshaft anzuordnen.

Ihr wollt also wieder Rechtsgeschichte schreiben?

Roland Kugler: Das wäre natürlich interessant. Vor allem die Frage: Wer geht in Zwangshaft? Dazu gibt es aber bislang noch keine Entscheidung eines Gerichts – es wäre in der Tat Neuland.



Foto: Redaktion

So sieht eine funktionierende Fahrradinfrastruktur aus: die dänische Hauptstadt Kopenhagen zeigt, wie es geht.



Foto: Redaktion

Auch vor Gericht aktiv: Manfred Niess streitet vor Gericht für saubere Luft – die Verantwortlichen für die Luftverschmutzung nennt er beim Namen.

Finanzen Hui – Probleme Pfui

Stuttgart 2018: Die Luft ist dreckig, der Nahverkehr ausbauwürdig, Kitaplätze und Personal fehlen, Bäder, Ämter und Schulen verfallen. Kleinen Kultureinrichtungen und sozialen Projekten fehlen seit Jahren oft nur kleine Beiträge, um sich aus der strukturellen Unterfinanzierung befreien zu können. An allen Ecken und Enden fehlt städtisches Personal, um Zukunftsaufgaben schnell und effizient anzugehen.

Das Absurde ist, Stuttgart hat genug Geld um Gutes zu tun. Schon in den letzten zehn Jahren lagen die Jahresüberschüsse im Durchschnitt bei 291 Millionen Euro. Mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 und

einem Überschuss von 380 Millionen Euro ist die Stadtkasse prall gefüllt. Anzeichen, dass sich die Konjunktur wieder eintrüben würde, sind nicht zu erkennen. Auch den Unternehmen geht es so gut wie lange nicht mehr.

Für das laufende Jahr rechnet der Kämmerer bereits heute wieder mit einem Überschuss von 250 Millionen Euro.

Für unsere Fraktionsgemeinschaft mit dem ökologischen und sozialen Gewissen ist völlig klar, dieses Geld muss dort investiert werden, wo in Stuttgart die Probleme sind.

Genau das haben wir zum Jahresabschluss 2017 beantragt: 150 Millionen Euro für einen Wohnbau- und Bodenvorratsfonds, ein

365-Euro-Ticket, Ersatzbeschaffungen für die SSB, die institutionelle Förderung kleiner Kultureinrichtungen, Geld für Schwimmbäder und Investitionen in eine fußgänger- und radfahrerfreundliche Stadt.

Steuergeschenke an Großgrundbesitzer und große Unternehmen lehnen wir ab. Statt der nun mit Hilfe der Grünen beschlossenen Grundsteuersenkung wollen wir unsere Kindertagesstätten für alle kostenlos machen. Bildung muss endlich durchgehend kostenfrei sein.

Fakt ist: All das wäre möglich, allein es fehlt der Wille!

Unser Vorschlag, wie der Haushaltsüberschuss verteilt werden sollte. Was die anderen dazu sagen spricht für sich.

Antrag Nr. 222/2018 von SÖS LINKE Plus							
Worum geht's?	SÖS LINKE Plus	Stadtdisten	Grüne	SPD	CDU	FDP	andere
18,8 Millionen Euro für die Umsetzung des Radentscheids für ein Jahr (2019 oder 2020)	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
5 Millionen Euro für die Umsetzung des Programms „ Fußgängerfreundliches Stuttgart “ für das Jahr 2019	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
175 Millionen Euro für eine Wohnbau- und Bodenvorratsfonds angelegt	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
50 Millionen für VVS-365-Euro-Jahresticket für die Zonen 10 und 20 für das Jahr 2019	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
50 Millionen für Ersatzbeschaffung von Stadtbahnen und die Liegenschaften der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB)	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
30 Millionen für ein Kulturpaket: Strukturelle Unterfinanzierung der Kultur und Investitionsstau bei den Kulturbauten. Für die Schauspielbühnen beantragen wir exemplarisch eine Erhöhung der institutionellen Förderung um 55.355 Euro (1,8%) für 2018 und um 40.000 Euro (1,3%) für 2019.	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein

Im Geld schwimmen und trotzdem auf dem Trockenen sitzen?

Die Stadt Stuttgart schwimmt mit einem Jahresüberschuss von 383 Millionen Euro in der Stadtkasse im Geld. Sie droht geradezu – trotz der Trockenheit des Sommers – darin zu ertrinken. Um ehrenamtlich Tätige vor dem Ertrinken zu retten, setzte sich Sozialbürgermeister Wölfle für (noch) trockenere Sitzungen ein. Er hatte die Idee, den zwölf ehren-

amtlich tätigen, sachkundigen Bürger_innen des Internationalen Ausschusses die Getränke in ihrer Vorbereitungssitzung zu streichen.

Nach unserer Intervention dürfen sie sich nun wieder bei Mineralwasser und Apfelsaft vorbereiten, schließlich kommen sie meistens direkt von ihrer Arbeit dazu ins Rathaus.



Foto: Redaktion

Sparpotenzial: Wenn die Stadt den sachkundigen Bürger_innen kein Wasser mehr spendiert, steigt die Stimmung sicher nicht.

Neue/s Sitze/n in der City – Dauerbrenner Sitzplatzmangel in der Königstraße

Guntrun Müller-Enßlin



Guntrun Müller-Enßlin
Stadträtin
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Auch ältere Menschen mit Gehstöcken und Einkaufstaschen nahmen auf den Metallringen Platz. Ist das jetzt das neue Sitzen in der City? Eine fünfköpfige Gruppe von Behinderten, teilweise gehbehindert, mit Betreuer fand folgende „Lösung“: Einer bekam den Sitzplatz, die übrigen nahmen notdürftig auf dem Metallrand Platz, der Betreuer stand.

Ein Armutszeugnis für Stuttgart, beschämend und einer Stadt, die einladend und bürgerfreundlich sein will, nicht würdig!

Mehr ist dazu nicht zu sagen. Die Verfasserin dieses Artikels hat ihren Zorn genutzt, um einen Antrag zu formulieren, der die Schaffung von deutlich mehr Sitzgelegenheiten in der Königstraße fordert. Mit gleichem Antrag regen wir auch die Schaffung von neuen Sitzgelegenheiten in der Kirchstraße im Bereich unterhalb der Stiftskirche an.



Foto: Redaktion

Im Grünen gibt es noch Sitzgelegenheiten – in der Innenstadt hingegen wurden viele Bänke demontiert.

Ein trauriges Jubiläum jährt sich dieser Tage zum zweiten Mal.

Im Herbst 2016 hat die Stadt die Sitzbänke rund um die Bäume in der unteren Königstraße abgebaut. Mit dem fragwürdigen „Argument“, Wohnsitzlose an der Nutzung der Bänke zum Übernachten zu hindern, wurden die Bänke durch Einzelsitze ersetzt, die zum Teil noch nicht einmal eine Rückenlehne haben. Dem damaligen Protest folgte ein von Luigi Pantisano initiiertes Sit-In auf der Königstraße und ein Antrag unserer Fraktionsgemeinschaft, die Sitzbänke zu erhalten. Doch dieser wurde mit den Stimmen von CDU und GRÜNEN abgelehnt, der Aufschrei verhallte und am Ende kam es so wie immer: Die Sitzbänke wurden entfernt und damit die schon zuvor unkomfortable Sitzsituation in der Innenstadt weiter verschlechtert.

Die falsche Antwort auf ein hausgemachtes Problem, das dieses nicht beseitigt, sondern nur verlagert und darüber hinaus die Falschen trifft: Menschen, die in der Königstraße unterwegs sind, dort einkaufen oder einfach nur flanieren und zwischendurch mal pausieren wollen, haben kaum mehr Gelegenheit, sich irgendwo niederzulassen, ohne zu konsumieren, schon gar nicht, wenn sie zu mehreren sind. An den zahlreichen Sonnentagen dieses Sommers waren die Sitze fast immer alle besetzt. Grotteske Situationen beobachtete, wer selber auf der Suche war und Augen im Kopf hatte, zuhauf:

Nicht nur Jugendliche, sondern auch gestandene Erwachsene hockten auf den Metallringen wie Spatzen auf der Stange.



Foto: Redaktion

Zu wenig Platz und bequem ist es auch nicht: Sitzgelegenheiten auf der Königstraße

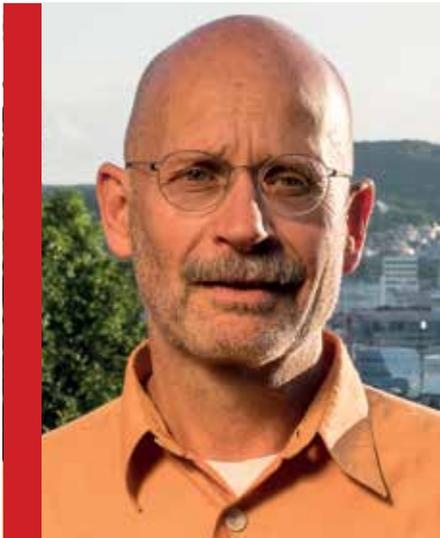


Foto: Redaktion

Vorbildlich: die evangelische Gesellschaft hat im Hospitalviertel eine Bank aufgestellt, die zum Sitzen und Liegen einlädt.

von Thomas Adler

Warum lehnt SÖS LINKE Plus ab, dass aus dem Eigenbetrieb Klinikum eine Kommunalanstalt öffentlichen Rechts gemacht werden soll?



Thomas Adler
Stadtrat
DIE LINKE



Foto: Roland Hägele

Pflege in Bewegung: Am 12. Mai 2018 zogen viele Demonstrant_innen durch die Innenstadt

Die Angelegenheiten des städtischen Klinikums sollen nicht mehr öffentlich, sondern hinter verschlossenen Türen verhandelt werden, geht es nach dem Willen des Krankenhausbürgermeisters Michael Föll. Der frühere privatisierungskritische Zeitgeist verhinderte, dass 2005 das Klinikum zur GmbH gemacht wurde. Der Slogan der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di „Öffentlich ist wesentlich“ war ‚common sense‘, an dem weder grüne noch schwarze Privatisierungsfreunde vorbeikamen. Erst im Jahr 2015 öffnete die Landesregierung der Stadt erneut die Tür, um die Debatte über

das kommunale Klinikum und seine Kontrolle hinter verschlossene Türen zu verlegen: es wurde die Möglichkeit geschaffen, kommunale Krankenhäuser in „Kommunalanstalten öffentlichen Rechts“ zu verwandeln. Die Kommunalanstalt lehnt sich an eine privatwirtschaftliche Organisationsform (GmbH oder AG) an. In der Kommunalanstalt hätte die Klinikumsleitung noch mehr Entscheidungsfreiheiten als bisher. Das Kontrollgremium hätte noch weniger zu sagen und die „Verwaltungsrat“ genannten Kontrolleuren würden einer gesetzlichen Schweigepflicht unterworfen.

Man legte ein „Zuckerle“ aus: Das Stuttgarter Klinikum könnte Uniklinikum mit Mediziner-Ausbildung werden. Für die Freunde der Intransparenz auf der Bürgermeisterbank und im Stadtrat schien damit der Dreh für einen Anlauf zu dieser Rechtsformänderung gefunden: Behauptet wurde, das Uniklinikums-Modell setze eine Änderung der Rechtsform voraus. Eine nicht haltbare Behauptung, denn Klinikum und belehrende Universität müssen lediglich vertraglich regeln, wie die Mitsprache der Universität in Sachen Studentenausbildung gestaltet wird. Dafür muss man nicht „Kommunalanstalt



Foto: Redaktion

Baustelle Klinikum: Nicht nur Gebäude des Klinikums müssen neu gebaut werden – die Mehrheit des Gemeinderats möchte die Rechtsform offenbar ebenfalls ändern



Klare Forderung: Den Personalmangel in Krankenhäusern beheben, eine angemessene Bezahlung ist überdies längst überfällig.

öffentlichen Rechts“ werden und den städtischen Eigenbetrieb abschaffen. Man muss auch nicht das öffentlich tagende Aufsichtsgremium Krankenhausausschuss des Stadtrats durch einen grundsätzlich nicht öffentlichen Verwaltungsrat mit Verschwiegenheitspflicht seiner Mitglieder ersetzen. Das Kontrollorgan „Verwaltungsrat“ ist der kleine Bruder von privatwirtschaftlichen Aufsichtsräten. Obwohl Stadträte und Gewerkschaft im Verwaltungsrat vertreten sind, bleibt die Öffentlichkeit aufgrund der Schweigepflicht ausgesperrt. Herr Föll behauptet, diese Organisationsform sei „transparenter, professioneller, zukunftsfähiger“, um Fehlentwicklungen und Skandale wie bei der International Unit zu vermeiden. Aber gab es nicht die folgenreichsten „Fehlentwicklungen“ gerade in privaten AGs und GmbHs? Schon mal was vom Finanzmarktcrash gehört, Herr Finanzbürgermeister? Von groß angelegtem Abgasbetrug durch deutsche Autokonzerne? Deren nichtöffentlich tagende Aufsichtsräte sitzen voller sogenannter „Experten“, wie sie Herr Föll im Verwaltungsrat gerne sehen will. Das gesamte Argumentationsgebäude der Befürworter_innen einer Rechtsformänderung ist hohl und widersprüchlich: Denn wenn – wie Herr Föll suggeriert – die ehrenamtlichen Stadträt_innen im Krankenhausausschuss überfordert wären mit der Aufsicht über das Klinikum, warum sollen sie es dann plötzlich nicht mehr sein, wenn sie künftig – statt im Krankenhausausschuss – im Verwaltungsrat Entscheidungen fällen? „Externen Sachverstand“ zur Beratung schwieriger Fragen kann man sich genauso gut in den Krankenhausausschuss einladen. Tatsächlich geht es nur um eines: Politische Diskussionen über eine gut ausgestattete Krankenhausversorgung und die Zukunft

des Klinikums sollen künftig nicht mehr eine öffentlich zu verhandelnde Angelegenheit sein, in die sich auch Bürger_innen und Beschäftigte einmischen können. Fehlentwicklungen sind nicht durch Machtkonzentration und weniger Kontrollrechte zu verhindern. Im Gegenteil: Sie sind nur mit mehr Informationspflichten für die Geschäftsführer_innen, mehr Kontrollrecht für die Stadträt_innen, mehr Transparenz, mehr Öffentlichkeit einzudämmen. Und die Verwaltungsspitze muss sich verpflichtet fühlen, gewählte, ehrenamtliche Kontrolleur_innen bestmöglich zu informieren. Statt sie – wie bisher – nur zu informieren, wenn es den eigenen Interessen dient.

Die grün-schwarzen Krankenhausbürgermeister Werner Wölfle und Michael Föll waren selber Teil des Nicht-Wissen-Wollens und des organisierten Wegschauens bei der International Unit. Solange der Rubel arabischer Privatpatienten rollte, wurde jede Skepsis an diesem Geschäftsmodell weggewischt. Sie haben so das Vertuschungssystem um die International Unit ermöglicht. Sie müssen lernen, dass die öffentliche Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten ein Lebenselixier der Demokratie ist. Die geplante Rechtsform-Änderung soll ihnen jedoch ermöglichen, weiterzumachen wie bisher. Das lehnen SÖS LINKE PluS ab. Denn öffentlich ist wesentlich – erst Recht, wenn es um die medizinische Versorgung geht!



Foto: Roland Hägele

Premiere in Stuttgart: Am 12. Mai 2018 demonstrierten Pflegekräfte für bessere Arbeitsbedingungen

Auszug aus einer Rede auf der Montagsdemorede vom 06. August 2018

Betonorgien, Klagen und Eidechsen – Probleme für die Bahn auf den Fildern

Von Steffen Siegel

Stuttgart 21 ist nicht nur wegen der Kosten weit wahnsinniger als der Berliner Flughafen BER. Wir haben doch einen der besten Bahnhöfe, zerstören diesen mutwillig und bauen an seiner statt einen viel Schlechteren. Auch auf den Fildern wird kräftig an der Klimaschraube gekurbelt: Beste Ackerböden werden zubetoniert, der Flughafen baut eine Airport City und tut alles für mehr Flugverkehr. Filderstadt träumt von einem Silicon Valley, die Gemeinden wachsen und dann noch Stuttgart 21. Sind die denn alle irre?

Planfeststellung der Bahn: tricksen, täuschen, ablenken

Der Filderabschnitt 1.3 von Stuttgart 21 ist bis heute weder seriös geplant noch gerechnet. Es gab zu diesem Abschnitt ein Planfeststellungsverfahren, das fiel aber mit Pauken und Trompeten durch. Also trickste man und teilte ihn in zwei Abschnitte a und b auf. Abschnitt a wurde im Handstreich, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung im Juli 2016 planfestgestellt. Dagegen klagen wir mit Hilfe großartiger Fachleute insbesondere von den Ingenieuren 22.

Die Bahn behauptet, dass für die endlosen Verzögerungen die Eidechsen und unsere Klage Schuld seien.

Wie jämmerlich muss es um deren Selbstachtung bestellt sein, wenn sich die Täter durch Eidechsen und uns friedfertige Umweltschützer zu Opfern hochstilisieren müssen?

Ihr Versagen liegt doch viel eher daran, dass der Brandschutz im Tiefbahnhof unter der Messe und am Terminalbahnhof auch nicht ansatzweise funktioniert, und dass da oben nicht einmal ein vernünftiger Bahnbetrieb möglich sein wird und vieles mehr.

Mal eben 4.100 Parkplätze bauen – Bankrotterklärung von S21 auf den Fildern

Die neuste Horrormeldung auf den Fildern kommt von Flughafen und Messe. Sie fordern den Bau von 4.100 (!!!) neuen Parkplätzen. Dabei soll doch der S21-Schieneanschluss angeblich dazu dienen, den Autoverkehr auf die Schiene zu verlagern. Die wissen alle genau, dass dies mit S21 nie klappen wird, und dass mehr Autoverkehr droht. Man braucht allein fürs Parken Riesflächen und muss deshalb dafür rechtzeitig, also jetzt, schon vorsorgen. Diese Parkplätze sind der Einstieg in weitere Betonorgien und genau dies wollen sie und nehmen dafür kaltlächelnd eine sinnlos geschändete Stadt und für alle Ewigkeit zubetonierte, fruchtbare Filderäcker in Kauf. Aber, und das stimmt uns optimistisch, – wie sagte doch Otto von Bismarck schon vor langer Zeit: „Ein Gedanke, der richtig ist, kann auf Dauer nicht niedergelogen werden“.

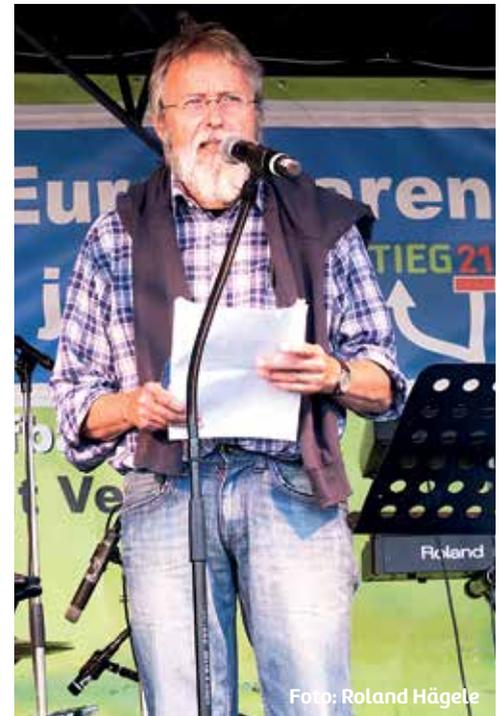


Foto: Roland Hägele

Unermüdlicher Streiter gegen das Milliardengrab S21 auf den Fildern: Steffen Siegel.



Foto: Roland Hägele

Die Baugrube am Hauptbahnhof. Auf den Fildern ist man noch lange nicht so weit – fehlende Genehmigungen und mangelhafter Brandschutz verzögern und verteuern das Milliardengrab Stuttgart 21.



Foto: Roland Hägele



Foto: Roland Hägele

Stückwerk: Selbst wenn der Hauptbahnhof funktionieren sollte – auf den Fildern sind noch viele Fragen offen.

von Laura Halding-Hoppenheit

Familien in Not – wie Sozialpensionen Kindern schaden



Laura Halding-Hoppenheit

Stadträtin
DIE LINKE

Die Armutsquote in Deutschland erreicht laut einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung von Mitte August 2018 einen neuen Höchststand. Knapp 16 Prozent der Bevölkerung leben in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze. Diese Gruppe verfügt über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Dies ist die Folge der ungerichteten Steuerpolitik, die Reiche bevorzugt. Die unsägliche Hartz-IV-Gesetzgebung hat zu einer Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit trotz anhaltenden Wirtschaftsbooms geführt.

Was kann Kommunalpolitik beeinflussen, wenn die wesentlichen Weichenstellungen

auf Bundesebene gestellt werden? Sind Kommunen darauf beschränkt „Reparaturmaßnahmen“ aufzulegen? Auf lokaler Ebene gibt es durchaus Gestaltungsmöglichkeiten, um die Lebensbedingungen von Menschen in Not zu verbessern. Die Situation von Eltern und Alleinerziehenden mit Kindern in sogenannten Sozialpensionen oder Sozialhotels wird in der öffentlichen Diskussion selten thematisiert. Solche Unterkünfte sind dazu gedacht, Obdachlosigkeit zu verhindern. Sie werden zumeist von Sozialunternehmen betrieben. In Stuttgart reichen deren Angebote nicht aus, deshalb greift die Stadt auch auf Privatvermieter zurück. Für die Unterbringung in solchen Sozialpensionen bezahlte die Stadt im Jahr 2016 allein fünf Millionen Euro. Selbst Finanzbürgermeister Michael Föll meinte einmal, dass man für diese Summe Unterkünfte in Eigenregie betreiben könnte. Warum wird das dann nicht gemacht? Weil die Mehrheit des Gemeinderats keinen Handlungsbedarf sieht.

Manche privaten Vermieter_innen von Sozialpensionen kassieren für stark heruntergekommene Wohnungen (im Volksmund: „Bruchbuden“) unverhältnismäßig hohe Mieten von der Stadt, und das obwohl Bewohner_innen von teilweise erheblichen (Bau-) Mängeln und unhygienischen Verhältnissen berichten.

Eine Unterbringung von Familien mit minderjährigen Kindern war in Sozialpensionen nicht vorgesehen, folglich gab es dort auch keine sozialpädagogische Betreuung für Familien und Alleinerziehende. Aufgrund des eklatanten Mangels an Sozialwohnungen müssen

aber inzwischen auch Familien mit Kindern in Sozialhotels untergebracht werden. In den 24 Sozialpensionen leben aktuell 135 Familien und Alleinerziehende, allein 258 Minderjährige sind dort untergebracht. Kinder wachsen hier in extrem beengten Verhältnissen ohne Privatsphäre (meist in nur einem Raum) auf. Küche, Bad und Toiletten müssen oft gemeinsam mit anderen Bewohner_innen geteilt werden. Platz für Schreib- oder Arbeitstische ist nicht vorgesehen, ruhige Rückzugsräume fehlen, die Nachtruhe wird nicht selten gestört, denn erwachsene Nachbarn lärmern oder sind teilweise alkoholisiert. Das macht Kindern Angst.

Wir begrüßen zwar, dass seit kurzem Personal für die Betreuung zur Verfügung steht. Dennoch sind wir der Meinung, dass die hier entstehenden Probleme nicht allein durch sozialpädagogische Betreuung aufgefangen werden können. Stuttgart muss dafür sorgen, dass eine ausreichende Anzahl an angemessenen Wohnungen für Familien geschaffen werden. Bestehende Not-, Übergangs- oder Mittelfristunterkünfte müssen für alle menschenwürdig sind!

11. Oktober 2018 ab 15 Uhr

öffentliche Gemeinderatsdebatte zum Themenschwerpunkt „Soziale Stadt“, Laura Halding-Hoppenheit wird dort für die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus eine 15-minütige Rede halten.

Das Redeskript und die Videoaufzeichnung der Rede wird ab Mitte Oktober unter www.soeslinkeplus.de abrufbar sein.



Foto: Redaktion

Leerstand auf der einen – große Wohnungsnot auf der anderen Seite. Von Obdachlosigkeit sind auch Kinder bedroht.



Foto: Redaktion

Protest aus der Zivilgesellschaft: Eine Initiative Alleinerziehender protestiert gegen grassierende Wohnungsnot

Überflutungsrisiken für und durch den S 21-Tiefbahnhof

von Hannes Rockenbauch



Hannes Rockenbauch
Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

durch Stuttgart 21“ befasst. Sie kommen zu dem Schluss, dass es „fahrlässig und verantwortungslos“ ist, in Zeiten des rapiden Klimawandels – in einer von Starkregen gefährdeten Stadt wie Stuttgart – ein solches Projekt zu realisieren.

Das Überflutungsrisiko resultiert aus:

- Verkleinerungen der Abflussrohre und deren Druckleitungen zur Unterquerung der Tunnel (Dükerung), was den Wasserabfluss stark bremst;
- einem bis zu acht Meter hohen Wall vor dem jetzigen Kopfbahnhof auf Höhe des Schlossgartens, da der Tiefbahnhof nur teilweise unter der Erde liegt. Dieser Riegel wirkt wie eine Staumauer bei Starkregen. Die Studie schätzt daher das Risiko als sehr hoch ein, dass Teile der Stadt, die Klett-passage und die unterirdischen Bahnanlagen bei Starkregen geflutet werden könnten.

Nur die wenigsten wissen: Wenn nach anhaltendem Regen das Grundwasser steigt, wird laut S 21-Plan sogar der Tiefbahnhof geflutet, gegebenenfalls auch die S 21-Neckartunnel. Die Gefahr von Überflutungen des Tiefbahnhofs und der Neckartunnel ist kein Hirngespinnst von S 21-Gegner_innen. Beim Überschreiten bestimmter Wasserstände

sind Notflutungen des Bahnhofs und der Neckartunnel planmäßig vorgesehen. Dieser Irrsinn ist notwendig, um ein Verschieben (Aufschwimmen) der Bauwerke zu vermeiden, wenn der Grundwasserstand den festgelegten Grenzwert überschreitet. Die „Notflut-Öffnungen“ sind Bestandteil der Planfeststellungen und in den Seitenwänden der bereits fertiggestellten Tunnel bereits sichtbar eingebaut.

Nach einer Überflutung müssen die Gleise, Bahnsteige und die gesamte technische Infrastruktur gesäubert, repariert und ersetzt werden. Stuttgart wäre in einem solchen Fall voraussichtlich für sehr lange Zeit vom Zugverkehr abgeschnitten.

Zu dem Themenkomplex Klimawandel, Starkregen und S 21 hatte die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS am 4. Juni 2018 gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 eine gut besuchte Veranstaltung im Rathaus gemacht. Aufgrund ausbleibender Reaktionen von offizieller Seite haben wir nun mit einer Anfrage zu den Überflutungsrisiken von und durch S 21 das hochbrisante Thema nochmals aufgegriffen und viele unangenehme Fragen an die Bahn gestellt. Außerdem beantragten wir, dass Hans Heydemann und Dr. Christoph Engelhardt im S 21-Ausschuss ihre Expertise vortragen dürfen.

Viele Länder und Städte bereiten sich auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels vor. Durch seine Kessellage ist Stuttgart bei Starkregen besonderen Risiken ausgesetzt, die sich mit Stuttgart 21 noch erhöhen. Dr. Christoph Engelhardt und Hans Heydemann von den Ingenieuren 22 haben sich mit dem Thema detailliert in einer 80-seitigen Studie mit dem Titel „Überflutungsrisiken



Foto: Roland Hägele

Hier wird das Becken für mögliche Überflutungen gebaut – sehenden Auges taumeln die S 21-Betreiber_innen in ein unkalkulierbares Risiko



Foto: Redaktion

Wenn der Tiefbahnhof erstmal mit Wasser vollgelaufen ist, wird jede Hilfe gefragt sein.

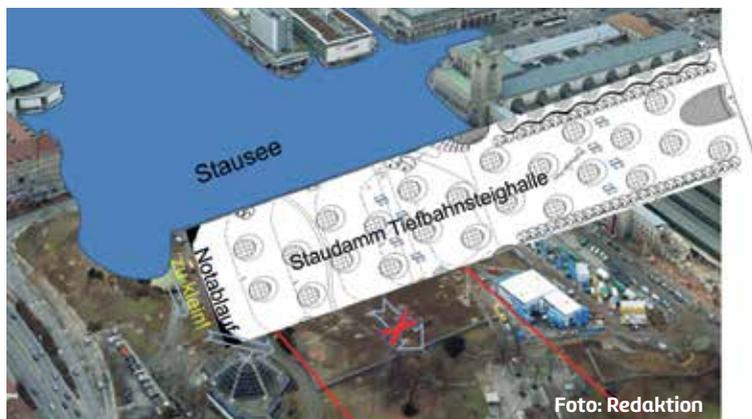


Foto: Redaktion

S-21-Tiefbahnsteighalle als „Staudamm“



Foto: Redaktion

Der Wall über dem S 21-Tiefbahnhof wird die Auswirkungen einer Überflutung von Innenstadt und Klettpassage erheblich verschlimmern!

Besuch am Arbeitsplatz

Sechs Fragen an Laura Halding-Hoppenheit Stadträtin (SÖS LINKE Plus) für DIE LINKE, zuständig für Soziales, Inklusion, Vielfalt und LSBTTIQ



Foto: Redaktion

An was arbeitest du aktuell am intensivsten?

Das Thema Armut beschäftigt mich aktuell sehr, besonders Kinder, Frauen und Senioren. Kinder können nichts dafür, in welche Familien sie geboren werden. Ich kämpfe dafür, dass Chancengleichheit nicht nur ein leeres Wort bleibt, dies versuche ich immer wieder in die Ausschüsse zu tragen. Es darf nicht sein, dass alleinerziehende Eltern, nicht wissen, wie sie über die Runden kommen. Auch Senioren, die ein Leben lang gearbeitet haben, muss ein würdiger Lebensabend garantiert werden. Sie hatten Deutschland eigentlich aufgebaut und auf alles verzichtet, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Jetzt können wir sie doch nicht in Altersarmut fallen lassen! Dafür setze ich mich als Stadträtin sehr stark ein.

Die Arbeit als Stadträtin ist sehr zeitintensiv, neben dieser Tätigkeit bist du ja noch Gastronomin und Aktivistin. Wie schaffst du das alles?

Zum Glück arbeite ich als Gastronomin nur bei Nacht und am Wochenende und meine Arbeit im Rathaus ist bei Tag. Andere Aktivitäten, die sehr viel Zeit und Kraft brauchen, machen Spaß, da ich mit sehr vielen wunderbaren Menschen zusammenkomme.

Die wenige freie Zeit die du hast – Wie verbringst du die?

Ich gehe gerne ins Theater und auf politische Veranstaltungen. Ich war seit 40 Jahren nicht mehr im Urlaub, da Stuttgart für mich ein wunderbarer Ort der Begegnung ist. Das ist für mich ein guter Ausgleich.

Was treibt dich an, ein so großes politisches Engagement an den Tag zu legen?

Meine größte Motivation ist, dass ich die Menschen liebe! Ich kämpfe gerne für Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung und das gibt mir enorme Kraft und Freude.

Kannst du dich an deinen ersten Tag als Gemeinderätin erinnern?

Es war sehr beeindruckend und beängstigend, ich habe gedacht der Himmel stürzt ein.

Wenn du für eine Sache im Gemeinderat die Mehrheit hättest: Was würdest du tun?

Ich würde auf kommunaler Ebene sehr viel verändern, es fängt an mit sozialer Gerechtigkeit. Ich würde es nicht zulassen, dass Kinder in sogenannten „Sozialhotels“ untergebracht werden, weil es für Ihre Eltern keine bezahlbaren Wohnungen gibt. Es muss viel im Kampf gegen die Armut gemacht werden. Wichtig wäre mir auch, dass wir dafür sorgen, dass die Senioren ihren Lebensabend in Würde erleben können. Das erfordert ein entsprechendes Quartiersmanagement. Wichtige Aspekte sind barrierefreie Mobilität, gute Nahversorgung und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Christoph Ozasek

Auch mit Moos nix los



Christoph Ozasek

Stadtrat
DIE LINKE

Im Alleingang entschied die Verwaltung Mitte Juni, zwei vertikale Mooswände mit integrierter Sitzgelegenheit – sogenannte „City-Trees“ – an der B14 aufstellen zu lassen. Im Beisein der Presse wurden diese von OB Fritz Kuhn und Technikbürgermeister Dirk Thürnau wortreich angepriesen. Der Hersteller behauptete, ein solches Modul sei in der Lage, die Luft in einem Ausmaß von Schadstoffen reinigen, wie es satte 275 Bäume tun. Das technische Wunderwerk kompensiere also mit Leichtigkeit die Baumrodungen im Schlossgarten und der Innenstadt aus den zurückliegenden Jahren grüner Amtsführung, da sind die läppischen 30.000 Euro pro „City-Tree“ quasi ein Schnäppchen! Nun lief es für den Oberbürgermeister und sein Gefolge aber nicht so optimal wie erwar-

tet: die behauptete Reinigungswirkung von 275 Bäumen hat der Hersteller vorsorglich von der Webseite entfernt. Jetzt heißt es in bester Werbesprache: „Ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt liegt auf der stetigen Verbesserung der Umweltleistungsfähigkeit des City-Trees, die wir von unabhängigen Experten in komplexen Labor- und Feldversuchen überprüfen und begutachten lassen.“ Doch nicht nur diese Rolle rückwärts mahnt zur Vorsicht, denn reihenweise scheiterten Feldversuche in anderen Kommunen: „City-Tree verrottet im Essener Hbf“, titelte etwa die Zeitung Der Westen. „Spinnmilben haben dem City-Tree den Rest gegeben“, stellte das Medium fest.

Man hätte nur nach Reutlingen blicken müssen: Das knappe Fazit der dortigen Baubürgermeisterin Ulrike Hotz: Das Projekt ist gescheitert, weil der Effekt ausbleibe. So sollen die Wände bald abgebaut werden, wie es das Schwäbische Tagblatt am 18. Mai 2018 meldete.

Und Stuttgart? Die Verwaltung gibt sich schmallippig: man habe etwas zu unkritisch die Hochglanzbroschüre des Herstellers zitiert, darüber hinaus gehe es nicht um Luftreinigung, sondern um Stadtbegrünung, wie der Pressesprecher des Oberbürgermeisters kleinlaut zugeben muss. Seit Projektstart hatte die Anlage bereits zwei technische Aussetzer, da Wasser aus dem inneren Kreislauf austrat. Ebenfalls wenig schmeichelhaft ist die Tatsache, dass das Umweltamt bei der Beschaffung der City-Trees nicht eingebunden war und sogar aktiv davor gewarnt hatte. Die Marketingmasche des Herstellers geht unterdessen offenbar unbeirrt weiter: Die Anlage aus dem Essener Hauptbahnhof wird zu Werbezwecken weiter fotografisch dargestellt – obwohl diese längst verfault und abgebaut ist. Und auf der Landkarte zeigt der Hersteller stolz, wo die Anlagen überall stehen. Stuttgart hat man wohlweislich erst gar nicht aufgenommen – in weiser Voraussicht, dass die Anlage bald wieder verschwindet?



Foto: Roland Hägele

Nicht mehr ganz dicht: zwei Defekte in zwei Monaten sprechen nicht für die Funktionalität der sogenannten City Trees.



Foto: Roland Hägele

Ist das noch grün, oder schon braun? Ähnlich wie bei der Mooswand am Neckartor scheint sich das Gewächs nicht so recht wohl zu fühlen.



Foto: Roland Hägele

Reinigungswirkung: bei Installation der Anlage war von 275 Bäumen die Rede, welche die Anlage ersetzen könne. Jetzt begnügt sich der Hersteller mit der „stetigen Verbesserung der Umweltleistungsfähigkeit“.

Fraktionschronik

Stuttgart 21

31.08.2018 Nr. 262/2018

ÜBERFLUTUNGSGEFAHREN der Innenstadt und des Tiefbahnhofs durch S21

Bildung, Jugend und Schule

26.04.2018 Nr. 112/2018

Bäderbus-Konzept

19.03.2018 Nr. 88/2018

Oberstufe an einer Stuttgarter Gemeinschaftsschule – Vorgehen und Zeitplan?

20.07.2018 Nr. 227/2018

Ergänzungsantrag zu 489/2018: PIAs in Stufe 2 übernehmen

Mobilität und Verkehr

25.06.2018 Nr. 181/2018

X1-Busspur auf B14 einrichten

08.06.2018 Nr. 159/2018

Anträge zum Nahverkehrsentwicklungsplan (NVEP)

26.04.2018 Nr. 113/2018

Nächtliche SSB-Personalwagen-Fahrten in Fahrgastinformationssystem einbetten

14.06.2018 Nr. 171/2018

Anwohnerparkausweise für Lastenräder

Gesundheit und Kliniken

25.07.2018 Nr. 233/2018

Einsetzung eines Ausschusses zur Akteneinsicht im Zusammenhang mit dem Klinikumskandal, (interfraktioneller Antrag)

15.03.2018 Nr. 84/2018

Änderungsantrag zu GRDRs 20/2018: Finanzierung des Neubaus des Klinikums ist Sache des Landes und der Stadt

26.04.2018 Nr. 111/2018

Die Rechtsform des Klinikums ist Sache des Krankenhaus-Ausschusses

07.09.2018 Nr. 266/2018

Sterilgut-Aufbereitung am Klinikum: nichts verschweigen

Kunst und Kultur

14.05.2018 Nr. 130/2018

Fehler der Vergangenheit bei Sanierung der Oper nicht wiederholen – Ein zweites Stuttgart 21 verhindern

28.03.2018 Nr. 101/2018

Kahlschlag statt Kunst – Sanctuarium auf dem Pragsattel wurde zerstört

Umwelt, Klima, Energie

19.07.2018 Nr. 225/2018

Bericht zu City-Trees: Antrag 169/2018 auf die Tagesordnung setzen, Fragen beantworten

14.06.2018 Nr. 169/2018

Bericht zu „City-Trees“ im Gemeinderat

11.06.2018 Nr. 162/2018

Ökologische und innovative Dämmstandards für Gebäudehüllen

17.05.2018 Nr. 136/2018

Stuttgart auf dem Weg zur nachhaltigen Pflege des Waldes

Transparenz

04.09.2018 Nr. 264/2018

Bericht zum Stand des Datenschutzes im Klinikum Stuttgart

04.09.2018 Nr. 263/2018

Bericht über Status Datenschutz im Verwaltungsausschuss

23.05.2018 Nr. 140/2018

Anwendungsbeobachtung auch im Klinikum Stuttgart?

Vielfalt

14.05.2018 Nr. 129/2018

Kein Fußbreit der rassistischen AfD – Unverhältnismäßiger Polizeieinsatz am 12. Mai in Feuerbach aufklären

27.08.2018 Nr. 258/2018

Imagefilm der Stadt – warum wurde die Vielfalt nicht abgebildet?

Wohnen

21.06.2018 Nr. 179/2018

Umlage von Modernisierungskosten bei der SWSG auf Amortisierungszeitraum der Investition begrenzen

20.06.2018 Nr. 177/2018

Städtische Wohnungen im Leerstand – wie hoch sind die Zahlen?

20.06.2018 Nr. 178/2018

Zweckentfremdungsverbot – wie viele Objekte des Internetportals leerstandsmelder.de hat die Verwaltung überprüft?

13.06.2018 Nr. 170/2018

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme am Vogelsang-Areal – Pflugfelder Immobilien eignen

06.06.2018 Nr. 151/2018

Milieuschutz für Mieterinnen und Mieter der Vonovia in Zuffenhausen und Rot

06.06.2018 Nr. 152/2018

Die SWSG verzichtet auf Mieterhöhungen

17.05.2018 Nr. 135/2018

Milieuschutzsatzung für Mieterinnen und Mieter aller Vonovia Wohnungen

09.05.2018 Nr. 124/2018

Ausweitung der Erhaltungssatzung 2013/02 zur Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im Gebiet Nordbahnhof-, Mittnacht- und Rosensteinstraße

Sonstiges

17.07.2018 Nr. 222/2018

Änderungsantrag zu GRDRs 572/2018: Aufstellung Jahresabschluss 2017: 383 Millionen für Investitionen in Wohnen, Verkehr, Bildung, Kultur, Sport und zum Schuldenabbau

17.07.2018 Nr. 221/2018

Kinder fördern statt Grundeigentümer: Unintelligente Grundsteuersenkung zurücknehmen

07.09.2018 Nr. 267/2018

Mehr Sitzgelegenheiten in der Königstraße und Kirchstraße

Alle Anträge sind auf unserer Homepage unter www.soeslinkeplus.de zu finden.

Anträge:

Und was ist dabei rausgekommen?

Glyphosatverbot: Nach 876 Tagen endlich am Ziel: Beschluss gefallen!

Am 28. Juni 2018 hat der Gemeinderat mit knapper Mehrheit ein Verbot Glyphosathaltiger Herbizide auf städtischem Grund und Boden erlassen (GRDRs 212/2018, Ergänzung). Nachdem die Felder jahrzehntelang klinisch tot gespritzt wurden, kann nun dem Artensterben Feldern entgegengewirkt werden. Die bestäubenden Insekten wie die Bienen erhalten wieder eine breitere Nahrungsgrundlage, weil das Umweltgift Glyphosat bis spätestens 2022 von den kommunalen Böden Stuttgarts verbannt wird.

Milieuschutz für Vonovia Mieter_innen.

Mit drei Anträgen zum Milieuschutz haben wir Druck auf den Immobilienhai Vonovia ausgeübt. Zumindest ein paar Zugeständnisse bei der geplanten Modernisierung konnten wir damit erreichen. Wir bleiben dran und machen weiter Druck.

Kommunaler Wohnbaufonds

Im Haushalt wurden unsere Forderungen nach einem Bodenvorrats- und Wohnbaufonds noch von allen Fraktionen abgelehnt. Nach einem halben Jahr, in dem es zu Wohnungsbesetzungen und teils hitzigen Debatten kam, beantragt eine Koalition unter Führung der CDU auf einmal, 150 Millionen Euro fürs Wohnen auszugeben – wofür genau ist unklar – aber der Druck, den wir über Jahre aufgebaut haben, scheint zu wirken.

Mehr geförderter Wohnraum

Bei größeren Bauvorhaben müssen bislang 20 Prozent als geförderter Wohnraum geschaffen werden. Die sogenannte SIM Quote soll nun auf 30 Prozent erhöht werden, wenn es nach Oberbürgermeister Kuhn

geht. Wir haben bereits im April 2014 beantragt, die SIM Quote auf 30 Prozent zu erhöhen. Manche Ideen brauchen eben vier Jahre, bis sie beim Stadtoberhaupt ankommen.

VVS Tarifzonenreform

Im April kommenden Jahres wird alles einfacher und vieles billiger. Aus 52 Tarifzonen werden fünf, die Ticketpreise sinken teils deutlich. Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine Senkung der Ticketpreise und ein einfacheres Tarifsystem ein – als Übergang zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr. Ein erster Schritt ist geschafft. Auch wenn der Erfolg viele Mütter und Väter hat – wir waren und bleiben eine treibende Kraft beim Thema Nahverkehr.

Keine Mieterhöhungen bei der SWSG.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hatte die Angewohnheit, die Mieten regelmäßig zu erhöhen. Wir haben seit 2013 immer wieder gefordert, diese Erhöhungen auszusetzen. Und siehe da – dieses Jahr wurde dies mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossen.



Foto: Redaktion

Es geht auch ohne Glyphosat – Weinbau funktioniert auch ohne das Umweltgift.



Foto: Roland Hägele



Foto: Roland Hägele

Protest im Rathaus wirkt: nach vielen Jahren, verzichtet die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG jetzt erstmals auf Mieterhöhungen

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Studentischen Liste – junges Stuttgart. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbauch und Luigi Pantisano.

DIE LINKE stellt die Stadträte Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Ubat und mit der Studentischen Liste – junges Stuttgart, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

Redaktion: Fritz Schirrmeister, Renate Winter-Hoss
Fotos: Roland Hägele, Redaktion

Gestaltung: preiselbeerdesign.de
Druck: Druckhaus Stil Stuttgart

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.